



Luzern, 22. Januar 2010

Pressereferat 22. Januar 2010 Felicitas Zopfi, Parteipräsidentin

Konsequente Durchführung von Vernehmlassungen auch bei Abbaupaketen

Sparpakete sind einschneidende Vorlagen. Sie treffen einzelne Menschen, Institutionen oder Gruppen von Menschen massiv. Andere werden völlig verschont. Meist sind die Betroffenen eine Minderheit, die sich nicht genügend stark gegen den Leistungsabbau wehren können. Das hat System, denn so sind die Chancen gross, dass der Abbau trotz Protesten vollzogen werden kann.

In der Regel wissen das Parlament und die Öffentlichkeit im Vorfeld über den finanziellen Umfang eines geplanten Abbaus Bescheid, der materielle Inhalt bleibt aber bis zum Tag X unbekannt. Das Finanzdepartement bestimmt, wo der Rotstift angesetzt werden soll. Es werden keine Gespräche mit Betroffenen geführt, nicht einmal die zuständigen Regierungsräte sind über die Einzelheiten informiert.

Sparpakete sind Angriffe aus dem Hinterhalt. Die SP kritisiert dieses Vorgehen aufs Schärfste. Wir verlangen, dass auch Abbaupakete einer Vernehmlassung unterzogen werden. Abbaupaket sind in der Regel auch mit Gesetzesänderungen verbunden. Diese gehören sowieso in eine Vernehmlassung. Leistungsabbau ist einschneidend und muss mit den Betroffenen besprochen und erarbeitet werden.

Wovor hat der Regierungsrat Angst? Wenn der Abbau sinnvoll und wirklich notwendig ist, kann er begründet werden und wird Mehrheiten finden.

Kürzung topografischer Lastenausgleich noch einmal überprüfen:

Die Kürzung des topografischen Lastenausgleichs inmitten der Beratungen zum Wirkungsbericht widerspricht allen parlamentarischen Regeln. Wir verlangen eine erneute Prüfung. Die Folgen der Kürzung müssen aufgezeigt werden. Wir werden einen Antrag zur Abtraktandierung des Wirkungsberichtes Finanzausgleich stellen. Der Bericht kann zurzeit nicht seriös beraten werden.

Felicitas Zopfi